

**Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU****Versorgungsstrukturen für Diabetiker im Land Bremen**

Diabetes mellitus hat sich zu einer der großen Volkskrankheiten entwickelt mit weiterhin steigenden Prävalenzraten (jährliche Neuerkrankungsrate je 100.000 Einwohner). Die Folgeerkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Amputationen, Erblindungen, Dialyseabhängigkeit infolge Nierenversagens schränken die Lebensqualität der Betroffenen ein und erzeugen hohe Kosten für das Gesundheitssystem. Des Weiteren sind Diabetiker — wie auch andere chronisch kranke Menschen — aufgrund lebenslangen Behandlungsbedarfs, häufigen Arztwechsels, Eingebundenheit diverser Heilberufsgruppen etc. auf verschiedenen Ebenen der medizinischen Versorgung (ambulant/stationär/Rehabilitation/Pflege) besonders auf eine gute Kooperation der Behandelnden, d. h. ein effektives Schnittstellenmanagement, angewiesen.

Wir fragen den Senat:

1. Welche lokalen Versorgungsstrukturen für Diabetiker gibt es im Land Bremen im ambulanten und im stationären Bereich (für Typ 1 und Typ 2-Diabetiker) bezüglich der Prävention, der Behandlung, der Rehabilitation und Schulung
  - a) für Erwachsene,
  - b) für Kinder und Jugendliche?
2. Wie gestaltet sich der Übergang zwischen ambulanter hausärztlicher, ambulanter spezialärztlicher und stationärer bzw. rehabilitativer Betreuung?

Gibt es verbindliche Leitlinien und Behandlungsstandards? Wenn ja, werden diese im Land Bremen umgesetzt?
3. Bestehen strukturelle Defizite in der Versorgung von Diabetikerinnen und Diabetikern?
4. Hat der Senat Erkenntnisse, inwieweit vergleichbare Defizite auch für die Versorgung anderer Patientengruppen mit chronischen Erkrankungen vorliegen?
5. Welche Möglichkeiten sieht der Senat zur Beseitigung dieser Defizite?
6. Welches sind die Gründe dafür, dass Bremen das einzige Bundesland ist, in dem neue, kooperative Versorgungsstrukturen nicht dem Bedarf entsprechend entwickelt und diabetologische Schwerpunktpraxen nicht anerkannt sind?

Waltraud Hammerström,  
Böhrnsen und Fraktion der SPD

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU